

Teilprojekt B4

Die Stadt in der europäischen Vormoderne. Politische Kultur und öffentliche Ordnung

Mitarbeiter

- Schlögl, Rudolf, Dr. phil., Prof. (Teilprojektleiter)
Fachbereich Geschichte und Soziologie
- Sawilla, Jan Marco, Dr. phil., Wissenschaftlicher Angestellter
Fachbereich Geschichte und Soziologie
- Schenk von Stauffenberg, Sebastian, Wissenschaftlicher Angestellter
Fachbereich Geschichte und Soziologie

Projektbeschreibung

Unterprojekte

1. Das städtische Selbstbild - Grenzen und Wandel der städtischen Gemeinschaft in Chronistik und Memoria
2. Verfahren und Rituale in der politischen Ordnung der frühneuzeitlichen Stadt
3. Religion, Kirche und politisch-soziale Ordnung in der frühneuzeitlichen Stadt
4. Gemeinwohl und Sonderinteressen - Konflikte und normative Vorstellungen in der Wirtschaft der frühneuzeitlichen Stadt
5. Zwischen Recht und Politik - städtische Gerichtsbarkeit in der Frühen Neuzeit
6. Gnädige Herren - Kommunikation zwischen Bevölkerung und Obrigkeit in der frühneuzeitlichen Stadt
7. Die Stadt im Staat, der Staat vor Ort. Stadtgemeinde und territorialstaatliche Administration in der Frühen Neuzeit
8. Querschnittsstudie
9. Formen und Wandlungsprozesse des Politischen in der europäischen Stadt der Frühen Neuzeit

Fragestellung

Das Projekt untersucht symbolisch repräsentierte normative und institutionell ausgeprägte Grundlagen politischer Integration der europäischen Stadt der Vormoderne. Die leitende Frage ist, wie politisches Gemeinschaftshandeln über Verfahrensregeln, Normen und rituell-symbolische Elemente so gestaltet werden konnte, dass soziale (und politische) Ungleichheit nicht in permanenten Krisen eskalierte. Politik wird dabei als Kommunikationsprozess verstanden, als (bedeutungsvolles) Geschehen, in dem, bezogen auf Kollektive, Entscheidungen hervorgebracht und so kommuniziert werden, dass sie allgemeine Verbindlichkeit beanspruchen können. Auch städtische Obrigkeiten konnten sich nicht einfach darauf verlassen, ihre Entscheidungen an den Motivlagen der Betroffenen zu orientieren. Der politische Prozess muss vielmehr so inszeniert werden, dass er geeignet ist, soziale Motiv- und Erwartungslagen zu verändern oder die Akzeptanz von Entscheidungen von Interessenlagen unabhängig zu machen.

Ergebnisse

In einem breiten Übergangszeitraum zwischen ca. 1400 und 1600 wandelte sich die politische Ordnung der Stadt im Gebiet des Alten Reiches fundamental. Politische Herrschaft in der Stadt näherte sich hier dem Typus der (feudalen) Fürstenherrschaft insofern an, als der Rat der Stadt sich gegenüber der Gemeinde in Handeln und Selbstverständnis verselbständigte und zunehmend als Obrigkeit inszenierte. Allerdings blieb das genossenschaftlich-kommunale Modell sozialer und politischer Organisation weiterhin als regulative Idee konstitutiv für die städtische Gemeinde. Überhaupt blieben tiefgreifende Umgestaltungen der politischen oder sozialen Ordnung für die Stadt des Alten Reiches Ausnahmefälle, die nur in oder durch Ausnahmesituationen wie bspw. bürgerschaftliche Unruhen oder landesherrliche bzw. kaiserliche Kommissionen in Gang gesetzt werden konnten. Auch das historisch gewachsene Gemenge an städtischen Normen wurde nur partiell einer Systematisierung unterworfen. Obrigkeitliche Ordnungsversuche beschränkten sich meist auf das Sammeln des schon Vorhandenen. Gerade dadurch aber entstand ein relativ weiter Raum für die flexible Handhabung städtischer Normen und deren additive Entwicklung, die programmatischen Wandel unnötig machten bzw. blockierten. Die Affinität der städtischen Politik zu Anwesenheit, Situationsbezogenheit und Gegenwärtigkeit stand in einem vielfältigen Spannungsverhältnis zu Prozessen des Wandels oder gar zu umfassenden programmatischen Veränderungen, einem Spannungsverhältnis, das die politische Kultur der Stadt im Alten Reich bestimmte. Die Zunahme von Schriftlichkeit im Allgemeinen bzw. von Distanz- und Verbreitungsmedien (Briefe, Flugschriften etc.) im Besonderen ist hier zu nennen, ebenso die zunehmende soziale Differenzierung innerhalb der Stadt sowie die wachsende Normierungsdichte. Zugleich geriet die städtische Anwesenheitsgesellschaft mit den entstehenden (territorial-) staatlichen Gestaltungsansprüchen und -programmen in ein wachsendes Spannungsverhältnis. Dabei scheint es aber so, als ob die städtische Anwesenheitsgesellschaft solche langfristigen Transformationsprozesse noch lange Zeit weitgehend eigenständig und eigenlogisch integrieren und abfedern konnte.

Perspektiven

In der abschließenden Projektphase tritt der Territorialstaat als Vergleichsmuster, aber auch als Anstoß und Faktor innerstädtischen Wandels zur städtischen Anwesenheitsgesellschaft hinzu. Die europäisch vergleichende Perspektive soll die beobachteten Prozesse in einen größeren Kontext einordnen: Wie und inwiefern konnte die städtische Anwesenheitsgesellschaft generell Wandel aus sich selbst heraus erzeugen, thematisieren und verarbeiten? Wie reagierte sie auf plötzliche Umbrüche oder Druck von außen und auf katastrophische Ereignisse? Wie rezipierte sie insbesondere bruchhafte "Großereignisse" wie Reformation, 30jähriger Krieg, Revolution oder Mediatisierung und setzte sie gegebenenfalls wirkmächtig in Anwesendes, in städtische Ereignisse um? Welches Spannungsverhältnis bestand hier zwischen übergeordneten Strukturen und der städtischen Anwesenheitsgesellschaft?

Projektaufbau

Der Projektaufbau soll es ermöglichen, der spezifischen Entwicklung einzelner Städte gerecht zu werden und trotzdem Typenbildungen und Verallgemeinerungen im synchronen und diachronen Vergleich vorzunehmen. Dazu wurden sechs sogenannte Tiefenstudien, die sich jeweils mit zwei Städten im Vergleich unter einer spezifischen Fragestellung vertieft beschäftigten, mit einer thematisch breiter angelegten Querschnittsanalyse kombiniert, die insgesamt 20 Städte des Alten Reiches berücksichtigt. Ab Mitte 2006 ist in Ergänzung dazu

eine vergleichend angelegte Studie zu Formen und Wandlungsprozessen des Politischen in der europäischen Stadt sowie ab 2007 eine weitere (europäisch ausgerichtete) Tiefenstudie vorgesehen.

Unterprojekte

Unterprojekt 1: Das städtische Selbstbild - Grenzen und Wandel der städtischen Gemeinschaft in Chronistik und Memoria

(Förderdauer 01/2000-06/2003)

Bearbeiter: Uwe Dörk

Im Mittelpunkt dieses Unterprojekts standen symbolische Felder, in denen sich ein kollektives Gedächtnis der frühneuzeitlichen Stadt manifestiert: Totengedenken, Geschichtsschreibung sowie Mythen, Sagen und Legenden, Denkmäler und Gedenkfeierlichkeiten, Brauchtum und Rituale. Auf diesen symbolischen Feldern ringen die Kommunikationsteilnehmer - städtische Gruppen wie Studenten, Gelehrte oder Adel, Organisationen wie die Kirche oder Zünfte, aber auch Einzelpersonen - um Machtpositionen und um eine möglichst günstige Stellung in der sozialen Hierarchie. Die Untersuchung arbeitete exemplarisch und zugleich vergleichend mit den Städten Ulm und Bern und umfasste den gesamten Zeitraum der Frühen Neuzeit vom Beginn des 16. Jahrhunderts bis über die Französische Revolution hinaus. Die beiden ausgewählten Städte Bern und Ulm sind vor allem deshalb interessant, weil sie nicht nur in idealer Weise als Vertreter frühneuzeitlicher Städte gelten dürfen, sondern auch, weil sich an ihnen die Determinanten Größe, Konfession, wirtschaftliche Dynamik, außenpolitische Bündniskonstellation, Territorialherrschaft über Umland und Staatsbildung abschätzen lassen.

Unterprojekt 2: Verfahren und Rituale in der politischen Ordnung der frühneuzeitlichen Stadt

(Förderdauer 01/2000-12/2002)

Bearbeiter: Uwe Goppold

Dieses Unterprojekt beschäftigte sich mit der Frage, wie Herrschaft und politische Partizipation unter den sozialen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten der frühneuzeitlichen Stadt organisiert und symbolisch repräsentiert wurden. Es stellte dazu die Struktur und Strukturierung der politischen Entscheidungsfindungs- und Kommunikationsprozesse in den Vordergrund: Welche politischen Verfahren und Rituale gibt es, die der Entscheidungsfindung oder ihrer Vermittlung dienen? An welchen Stellen und auf welche Art und Weise werden verfahrenstechnische Regelungen des politischen Lebens mit rituellen Elementen überlagert? Welche Bedeutung kommt dem jeweiligen Verhältnis von Ritualen und Verfahren zu? Wie wichtig sind Symbole, Rituale und Verfahren für die politische Organisation? Die Untersuchung ist als Vergleich der Städte Zürich und Münster angelegt. Die Verschiedenartigkeit dieser beiden Städte sowohl hinsichtlich der Voraussetzungen praktischer Politik wie auch der politischen Praxis selbst ermöglicht es, Zusammenhänge zwischen Konfession und politischem Status einer Stadt einerseits und den Instrumenten kommunaler Politik - eben hier: Ritualen und Verfahren - andererseits aufzudecken.

Unterprojekt 3: Religion, Kirche und politisch-soziale Ordnung in der frühneuzeitlichen Stadt

(Förderdauer 06/2000-12/2003)

Bearbeiterin: Kathrin Enzel

Dieses Unterprojekt fragte nach der Bedeutung von Religion und Kirche für die Gestaltung und Reproduktion sozialer Ordnung am Beispiel der Reichsstädte Köln und Nürnberg, die sich - bei vergleichbarer Größe und wirtschaftlicher Struktur - in Konfession und politischer Ordnung unterscheiden. Die religiöse Durchdringung aller Lebens- und Wirklichkeitsbereiche ist eines der Merkmale der gesellschaftlichen und politischen Ordnung Alteuropas. Mehrere Fragen sind für das Unterprojekt zentral. 1. Der Beitrag des religiösen Diskurses zur Legitimation von Herrschaft durch die Formulierung von Vorstellungen vom Aufbau sozialer Ordnung und der darin eingelagerten Herrschaftsformen. 2. Die Beteiligung an der Schaffung kollektiver Identitäten durch Bereitstellung von Grundwerten der Gemeinschaft, die Orientierungsmuster für die Beschreibung des städtischen Selbstbildes bieten. Darüber hinaus schaffen konfessionelle Zugehörigkeit und der Vollzug konfessioneller Rituale Identität und zeigen die Grenzen der Gemeinschaft auf. 3. Die Möglichkeiten der Darstellung des Politischen in konfessionell unterschiedlich geprägter ritueller Kultur. 4. Die Verflechtung von Frömmigkeitspraxis und politischer Praxis, von Kirche als Institution und politischen Instanzen.

Unterprojekt 4: Gemeinwohl und Sonderinteressen - Konflikte und normative Vorstellungen in der Wirtschaft der frühneuzeitlichen Stadt

(Förderdauer 06/2000-12/2003)

Bearbeiter: Philip R. Hoffmann-Rehnitz

Ausgangspunkt des Unterprojekts ist die Beobachtung, dass sich im Laufe der Frühen Neuzeit ein eigenständiger Handlungsraum Wirtschaft mit einer ihm spezifischen Handlungslogik ausdifferenzierte, die sich an den Eigeninteressen der Akteure und an der Idee der Konkurrenz orientierte. Die Rationalität und die normativen Grundlagen wirtschaftlichen Handelns gerieten damit in ein Spannungsverhältnis zur (politischen) Normen- und Werteordnung der vormodernen Gesellschaft, die auf Leitvorstellungen wie Gemeinwohl, Konsens, Frieden, Eintracht, Ehre und Rang basierte. Im gesellschaftlichen und politischen Alltag der frühneuzeitlichen Stadt waren die Widerstände gegen Neuerungen und Veränderungen gerade im wirtschaftlichen Bereich massiv, zumal wenn diese als im Gegensatz zur traditionellen Normen- und Werteordnung stehend angesehen wurden. In dem Unterprojekt wurden diese allgemeinen Problemstellungen in Form eines Städtevergleichs zwischen Leipzig und Lübeck vom Ende des 16. Jahrhunderts bis in das Zeitalter der Aufklärung weiter verfolgt. Es wurde untersucht, welche wirtschaftlichen Probleme in den städtischen Gemeinwesen der Frühen Neuzeit thematisiert und wie diese kommuniziert wurden. Das Unterprojekt wurde deswegen in Form einer mikrohistorisch ausgerichteten Analyse von einzelnen wirtschaftlichen bzw. wirtschaftlich bedingten Konfliktfällen durchgeführt, wobei der Schwerpunkt auf Konflikten im Bereich des städtischen Gewerbe- und Zunftwesens lag. Die Untersuchung gibt wichtige Aufschlüsse darüber, welche Auswirkungen ökonomische Veränderungsprozesse auf die politische Kultur und insbesondere auf das Normen- und Wertesystem vormoderner städtischer Gemeinschaften hatten.

Unterprojekt 5: Zwischen Recht und Politik - städtische Gerichtsbarkeit in der Frühen Neuzeit

Bearbeiter: Patrick Oelze

(Förderdauer 01/2003-06/2006)

Das Unterprojekt untersucht die Entwicklung der städtischen Gerichtsbarkeit in der Stadt von ca. 1550 bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts an den Beispielen Stralsund und Schwäbisch Hall. Es wurden drei Untersuchungsfelder konzipiert, in denen jeweils das Verhältnis von normativen Vorgaben und ihrer tatsächlichen institutionellen und praktischen Ausprägung erfasst werden soll. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Frage, inwiefern die aus territorialer oder moderner Perspektive zu konstatierenden "Defizite" städtischer Gerichtsbarkeit in der politischen Kultur frühneuzeitlicher Städte durchaus Funktionalität besaßen. 1. Das erste Untersuchungsfeld bilden die institutionellen Strukturen und ihre normativen Grundlagen, durch die die städtische Rechtsprechung nach sachlicher, personeller und räumlicher Zuständigkeit (Gerichte, Ämter, Instanzen) organisiert wurde. 2. Dazu tritt die Rekonstruktion sowohl der Verfahren, die den Fortgang eines privaten Konflikts vor Gericht von der Klage bis zur Urteilstvollstreckung regelten, als auch der Bestimmungen, die den Verlauf einer durch Denunziation oder die Initiative der Gerichtsorgane angestoßenen Untersuchung, Verhandlung und Sanktionierung strafwürdiger Vergehen vorschrieben. 3. Diesen institutionellen und normativen Rahmenbedingungen städtischer Rechtsprechung wird die Darstellung und die verfügbare Form und Aufbereitung des Stadtrechts bzw. der Rechtsnormen zur Seite gestellt. Besondere Aufmerksamkeit soll für die genannten Untersuchungsfelder den Zeiträumen zukommen, in denen Missstände bzw. Reformbedarf festgestellt und etwa Gerichts- und Prozessordnungen erneut oder neu in Kraft gesetzt oder verbessert wurden oder städtische Gesetze und Verordnungen eine Neuordnung erfuhren bzw. ganze Rechtsbereiche systematisch überarbeitet wurden.

Unterprojekt 6: Gnädige Herren - Kommunikation zwischen Bevölkerung und Obrigkeit in der Stadt der Frühen Neuzeit am Beispiel von Dresden und Esslingen

(Förderdauer 02/2004-06/2007)

Bearbeiter: Alexander Schlaak

Im Zentrum des Unterprojekts steht die Untersuchung von Formen und Wandel der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Obrigkeit in der Frühen Neuzeit am Beispiel von Esslingen und Dresden. Es gilt zu untersuchen, inwieweit die dabei beteiligten Medien die Artikulation von möglichen Entscheidungsgegenständen und die sich daran anschließenden Entscheidungsfindungsprozesse beeinflussten und welche Folgen Medienwandel für politische Kommunikationsprozesse bzw. für die politische Kultur städtischer Gemeinwesen hatte. Im Zentrum steht die Frage, wie in Suppliken durch die Bevölkerung mit der städtischen Obrigkeit verhandelt und auf welche normativen Vorstellungen in Suppliken rekurriert wurde. Darüber hinaus müssen die sich anschließenden Entscheidungsfindungsprozesse analysiert werden, da sich in ihnen die normativen Vorstellungen der städtischen Obrigkeit widerspiegeln. Die Tiefenstudie kann durch die Untersuchung des Wandels von Suppliken zur formalisierten Massenquelle erfassen, inwieweit dieser Wandel der Medialität Veränderungen in der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Obrigkeit, ihren gegenseitigen Verhältnissen, den jeweiligen normativen Vorstellungen sowie Veränderungen der politischen Kultur im Allgemeinen nach sich zog.

Unterprojekt 7: Die Stadt im Staat - der Staat vor Ort. Stadtgemeinde und territorialstaatliche Administration in der Frühen Neuzeit

Bearbeiterin: N. N.

Das Unterprojekt untersucht das Verhältnis von städtischer Selbstverwaltung und territorialstaatlicher Herrschaft in frühneuzeitlichen Kommunen von ca. 1550 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Es geht um die Formen und Möglichkeiten des staatlichen Eingriffs in die innerstädtische Politik und deren Ausgestaltung. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem angenommenen Spannungsverhältnis zwischen den unterschiedlichen kommunikativen Logiken von staatlicher und städtischer Politik und der sich daraus möglicherweise ergebenden Dynamik von innerstädtischem Wandel. Als Vergleichsstädte sind Dijon und Innsbruck vorgesehen. Erstens sollen die staatlichen Kommissionen oder Visitationen untersucht werden. Sie stellen ein wichtiges und zentrales Instrument eines von außen bzw. staatlich gesteuerten politischen Wandels dar. Im Zuge solcher Kommissionen trafen die politischen Kulturen der städtischen Anwesenheitsgesellschaft und des Territorialstaates direkt aufeinander. Zweitens soll die permanente Repräsentation von staatlicher Herrschaft in der Stadt durch die Anwesenheit einzelner staatlicher Funktionsträger analysiert werden. Der Einfluss staatlicher Amtsträger auf die innerstädtische Politik war ein beständiger Anlass für Konflikte, gerade weil die Kompetenzen von staatlichen Institutionen und städtischem Rat vor Ort nicht immer scharf voneinander getrennt waren. Drittens stellt sich die Frage nach der Eingliederung der Stadt in überregionale und territoriale Netzwerke sowie nach der Präsenz von institutionalisierten Vertretungen solcher Netzwerke in der Stadt.

Unterprojekt 8: Querschnittsstudie

(Förderdauer 01/2000-12/2006)

Bearbeiter: Uwe Goppold

Ziel der Querschnittsstudie ist es, Grundlagen zu erarbeiten, um Ergebnisse aus den Tiefenstudien auf ihre über die untersuchten Städte hinausweisende Gültigkeit zu überprüfen. Die Forschungsarbeit konzentriert sich dazu augenblicklich auf solche Typen politischer Kommunikation, deren Funktion in der Bewältigung der Sicherungs-, Reproduktions- und Repräsentationsprobleme von politischer Ordnung und obrigkeitlicher Legitimität in der frühneuzeitlichen Stadt liegt. Ausgewählt wurden Amts- und Bürgereide bzw. Ratswahlen und Ämterbesetzungen. Amts- und Bürgereide fundieren die politische Ordnung einer Stadt. Amtsträger und Bürger verpflichten sich selbst auf diese Ordnung und auf Gehorsam gegenüber der städtischen Obrigkeit. Wie die Ratswahlen und die Ämterbesetzungen sind sie zentrale Ereignisse, in denen die politische Ordnung der Stadt sichergestellt und die städtische Obrigkeit legitimiert werden soll. Zeitlich und räumlich fallen die Besetzung zentraler politischer Ämter und die Eidesleistungen häufig zusammen und bilden gemeinsam ein "Drehbuch", das die angesprochenen Sicherungsfunktionen selbst sichern soll. Konkrete Untersuchungsfelder sind folgende: 1. Der Vollzug politischer Ordnung im Verfahren und Ritual: Dazu wird das in den einzelnen Städten gesammelte, teilweise sehr heterogene Quellenmaterial zu Ratswahlen, Ämterbesetzungen und Eidesleistungen in möglichst engmaschigen Beschreibungen verdichtet, die das angesprochene "Drehbuch" so in "Sequenzen" ordnen, dass ein Vergleich möglich wird. 2. Die normative Fundierung politischer Ordnung: Hier geht es um die sprachliche Variationsbreite, mit der gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen und normative Vorstellungen bezeichnet werden, also um die topologischen und semantischen Grundmuster, die politische Ordnung normativ unterfüttern bzw. rahmen und Erwartungen als Ansprüche von Seiten des Rats wie der beobachtenden politischen Öffentlichkeit formulieren bzw. aktivieren helfen. Aus einem solchen Zuschnitt der Querschnittsstudie ergeben sich eine Reihe von methodischen Chancen,

aber auch hohen Anforderungen. Methodisch soll deswegen an Richtungen innerhalb der sogenannten "qualitativen Sozialforschung" angeschlossen werden. Die Grounded Theory von Anselm Strauss, die Rahmenanalyse Erving Goffmans bzw. generell Verfahren der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik, wie Deutungsmusteranalyse oder Gattungsanalyse, geben Anregungen, um methodische Ansätze zu entwickeln, die die Möglichkeit bieten, auch längere, nicht formalisierte Texte zu bearbeiten und seriell auszuwerten. Dazu wird auf die Datenbank MaxQDA zurückgegriffen.

Unterprojekt 9: Formen und Wandlungsprozesse des Politischen in der europäischen Stadt der Frühen Neuzeit

(Förderdauer 07/2006-12/2009)

Bearbeiter: Patrick Oelze

Das Unterprojekt soll einen Rahmen für allgemeine konzeptionelle Fragestellungen bieten und darüber hinaus eine Reihe von Themenfeldern eigenständig im Hinblick auf eine europäisch vergleichende Untersuchung städtischer politischer Kultur bearbeiten. Das Unterprojekt strebt in diesem Zusammenhang durch die konsequente Ausrichtung auf die Städte und ihre spezifische Ausprägung von Kommunikationsprozessen im Modell der Anwesenheitsgesellschaft und im "Prinzip der Präsenz" eine von nationalen Grenzen abgelöste Perspektive und eine stärkere Betonung der Eigenständigkeit frühneuzeitlicher Politik an. Anhand exemplarischer Themenbereiche wird das Unterprojekt eine solche Perspektive erproben: 1. Die Politik der Öffentlichkeit: Das Verhältnis von Schriftlichkeit und Mündlichkeit in der frühneuzeitlichen Stadt lässt sich exemplarisch an den Formen der Bekanntmachung und der Kenntnisnahme wichtiger politischer Entscheidungen und Informationen festmachen. Untersucht werden soll, wie diese unterschiedlichen Möglichkeiten insbesondere in Krisenzeiten eingesetzt wurden und wie sich das Verhältnis von mündlichen und schriftlichen Kommunikationsformen dabei veränderte. 2. Die Politik der Gruppen: Die Politik der frühneuzeitlichen Stadt wird wesentlich von sozialen Gruppen geprägt. Ein zentraler Bezugspunkt sowohl obrigkeitlicher Regulierung als auch gruppeninterner Normierungen war das soziale Leben der Gruppen, insbesondere gesellige Veranstaltungen wie gemeinsame Tänze, Mahlzeiten oder Umtrünke. 3. Die Politik der "Policey": Die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung einer "guten Ordnung", insbesondere in Krisen- und Umbruchszeiten, sollen an einem klassischen Feld der "Policey", den Alarm- und Feuerordnungen, untersucht werden. 4. Die Politik der Gewalt: Gewalt war ein wesentlicher Bestandteil städtischer Politik, wie insbesondere die Forschungen zu städtischen Unruhen immer wieder herausgearbeitet haben. Zwei Formen des gewaltsamen Umbruchs sind für die frühneuzeitliche Stadt von paradigmatischer Bedeutung: Bilderstürme und Rathausbesetzungen. 5. Die Politik der Teilhabe: Wahlen und Abstimmungen bilden in allen europäischen Städten den Kern des Politischen, weil in und durch sie die innerstädtischen Machtverhältnisse und die legitimen Formen ihrer Umsetzung verhandelt, symbolisiert und konstituiert werden konnten.